

Ansbacher Str. 63, 10777 Berlin
kontakt@berliner-frauenbund.de
www.berliner-frauenbund.de

V.i.S.d.P: Mechthild Rawert,
Vorsitzende des Berliner Frauenbund 1945 e.V.

Berlin, den 25. Juni 2026

Newsletter des BFB 1945 e.V. – Juni 2026

Vorwort

- I. BFB 1945 e.V. als frauen*politische Akteurin
- II. Gemeinsame Aktionen mit unseren Verbündeten
- III. Frauenpolitisch relevante eigene Termine bzw. die Dritter
- IV. Verschiedenes aus dem frauen*- und gesellschaftspolitischem Umfeld

Liebe Frauen*, liebe FLINTA, liebe Engagierte und Mitstreiterinnen, liebe Feminist*innen,

große Ereignisse stehen bevor, auf denen wir uns austauschen und gemeinsam lautstark für mehr Geschlechtergerechtigkeit und Gleichstellung, für starke gesellschaftsverändernde Feminismen eintreten können:

- **Feministischer Sommerkongress 2026 – „Zukunft feministisch gestalten“**

Die [Website für den fem*SK](#) ist geöffnet – bitte dringendst anmelden.

Die Eckdaten:

Wann: Samstag, 04. Juli & Sonntag, 05. Juli 2026

Wo: Martas Gästehaus, Lehrter Str. 68, 10557 Berlin

Mit einer Vielzahl von Workshops, Panels, Ausstellungen und Begegnungsräumen schaffen wir einen Ort für kollektives Lernen und neue Bündnisse. Wir öffnen einen Raum für alle, die Berlin sozialer und gerechter machen wollen: Hier begegnen sich Aktivismus, Politik, Forschung, Kultur und Verwaltung auf Augenhöhe. Gemeinsam wollen wir feministische Sichtweisen stärken und handfeste Lösungsansätze entwickeln. Die Plätze sind kostenlos, aber begrenzt.

 [Programm & Informationen](#)

 [Hier direkt für den Kongress anmelden](#)

Ich freue mich auf dieses kraftvolle, inspirierende Wochenende mit euch und habe **noch zwei Bitten**:

1. Wer die Möglichkeit hat, **für dieses feministische Ereignis zu spenden, möge dieses bitte tun.**

2. **Wir suchen noch Volunteers** für die Vor- und Nachbereitung (Teilnehmer*innenverwaltung, administrative Aufgaben, etc.) als auch Durchführung (Auf- und Abbau. Akkreditierung, Awareness-Arbeit, Security-Team, Mikrofon reichen bei Diskussionen, Protokollierung der Beiträge, Kinderbetreuung als päd. Hintergrund, Sicherung der Technik in den vielen Räumen, etc.

- Interessierte melden sich bitte unter der Emailadresse

volunteerfemsk@lfr-berlin.de .

- Zweites Onboarding-Treffen zur Erläuterung und Vorbereitung

• Wann: HEUTE, Donnerstag, 25. Juni 2026 um 19:00 - 21:00 Uhr

• Zoom-Meeting beitreten:

<https://us02web.zoom.us/j/82887038249?pwd=Z7c1WUQpoNx3IAabOqv4YasVe9vcbe.1#success>

- Wir wichtig feministische Bündnisse und Gegenwehr ist, zeigt der Blick nach Thüringen. Dort versucht die AfD bereits zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate, die gesetzlich verankerte kommunale Gleichstellungsarbeit zu schwächen. Unter dem Deckmantel von Bürokratieabbau soll die Verpflichtung zur Bestellung kommunaler Gleichstellungsbeauftragter fallen. Für mich ist klar: Gleichstellung ist kein freiwilliger Luxus, sondern ein Verfassungsauftrag. Wer Gleichstellungsstrukturen abbauen will, spart keine Bürokratie, sondern gefährdet demokratische Teilhabe und den Schutz von Grundrechten.

- **Berlin-Wahl am 20. September 2026: Sicherung und Ausbau der Frauen-Infrastruktur in Berlin**

Am 17.6.2026 hat der [Landeswahlausschuss entschieden, dass 26 Parteien zur Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 20. September 2026](#)

teilnehmen dürfen. Diese Wahl für Berlin und seine Bezirke ist eine Richtungswahl – **Jede Stimme zählt!**

Mir bekannt sind bisher verabschiedete Wahlprogramme folgender demokratischer Parteien, die auch jetzt schon im Abgeordnetenhaus sind:

- [Bündnis 90/Die GRÜNEN Berlin](#)
- [CDU Berlin](#)
- [Die Linke LV Berlin](#)
- [SPD Berlin](#)

Bitte lest diese und andere Wahlprogramme mit einem feministischen

Blick: Wir brauchen Parteien und Personen im Berliner Abgeordnetenhaus und in

der Landesregierung, in den Bezirksverordnetenversammlungen und den Bezirksämtern, die sich dezidiert stark machen für die **Durchsetzung von Frauenrechten und Gleichstellung**. Wir wissen schon jetzt, dass in den kommenden Landeshaushalten weitere Milliarden Euro einzusparen sind – und meine Position ist klar: **Nicht sparen bei den Frauen- und Gleichstellungsstrukturen, da wir diese zwingend brauchen für Parität, für Geschlechtergerechtigkeit in allen Lebensbereichen- so auch in der Daseinsvorsorge - , für den Abbau sozialer Ungleichheit u.a. aufgrund von Geschlecht aus einer intersektionalen Perspektive betrachtet.**

Bitte lest diese Wahlprogramme nicht nur unter dem Gesichtspunkt „feministisches Thema“ sondern auch hinsichtlich der **Herausforderungen**

Stärkung unserer Demokratie, Stärkung der Zivilgesellschaft, Reform des Zuwendungsrechtes, etc.. Angesichts von Antifeminismus und Anti-Gendering ist die **Erhaltung und der Ausbau sowie damit zusammenhängende sichere Finanzierungen von Frauen- und Gleichstellungsstrukturen von enormer Bedeutung: Wird das feministische, frauenbewegte zivilgesellschaftliche ehren- und hauptamtliche Engagement noch so gestärkt, dass wir die „Ownership“ über die feministischen Werthaltungen in ausreichender Stärke behalten?**

- **Auch auf dem femSK26 beschäftigen wir uns mit der Herausforderung „Frauen-Infrastruktur“** und zwar im
- **Workshop: Wir sind unersetzlich! - Wir wollen eine nachhaltig gesicherte Fraueninfrastruktur für alle Berliner*innen**
wann: Samstag, 4.7., 14 – 15.30 Uhr im Seminarraum Wien

Berlin ist stolz auf seine bunte Vielfalt an Frauenbewegungen, Frauenvereine, -initiativen und -projekte. Diese sind derzeit stark verunsichert, u.a. durch sich veränderndes frauen*politisches Engagement, öffentliche Sparpolitik, Anti-Gendering, Wandel der Arbeitswelten, KI, Über die Besonderheiten und die gesellschaftspolitische Wertschätzung der Branche „Frauen(projekte)infrastruktur“ wissen wir letztlich wenig. **Deshalb wurde die Online-Befragung „Analyse der Berliner Fraueninfrastruktur – Bewegungskultur und Strukturen“ in Auftrag gegeben. Ihre Ergebnisse werden hier erstmals vorgestellt.**

Referentin: Janika Gabriel, Berliner Institut für Sozialforschung GmbH

Moderatorin: Mechthild Rawert, Berliner Frauenbund 1945 e.V.

- **Einladung zur zügigen Beteiligung an der Umfrage zur Frauen*(-Projekte)-Infrastruktur in Berlin unter bfb.bis-berlin.de – gerne bis zum 28.6.2026**

Wir wollen mehr wissen über die Frauen*(-Projekte)-Infrastruktur in Berlin. Aus diesem Grunde hat der Berliner Frauenbund 1945 e.V. mit Mitteln des Paritätischen Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V. das Berliner Institut für Sozialforschung (BIS) mit der Durchführung einer Online-Umfrage beauftragt, um erstmals aus der Mitte der Berliner Frauen*-Infrastruktur selbst eine verlässliche gemeinsame Datengrundlage für die fachliche, organisatorische und finanzielle Weiterentwicklung zu schaffen.

Neben den von der Abteilung Frauen und Gleichstellung, SenASGIVA geförderten Trägern und Projekten **richtet sich die Umfrage an unabhängige feministische Initiativen, Netzaktivistinnen und weitere engagierte Personen in Berlin inklusive ehemalige Aktive.**

Fühlst du dich, fühlen Sie sich diesen Adressant*innen zugehörig? Dann beteilige dich bitte an der Umfrage unter bfb.bis-berlin.de – am liebsten bis zum 28.6.2026. Jede Stimme zählt! Nur wenn viele Perspektiven zusammenkommen, können wir die Vielfalt, die Herausforderungen und die Bedeutung der Frauen*-Infrastruktur sichtbar machen – und damit ihre Zukunft sichern. Vielen Dank für deine/Ihre Zeit, Engagement und Unterstützung!

- **Kein Schritt zurück bei den Frauenrechten**

Gerade in Zeiten von Rechtsruck und wachsendem Autoritarismus muss gelten: Kein Schritt zurück bei den Frauenrechten! Dies wird uns aber nur gelingen, wenn wir **feministische Strukturen erhalten und ausbauen**, nur wenn wir darüber hinaus verstärkt in die **Netzwerk- und Bündnisarbeit gehen**, u.a. mit Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft, Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Kunst und Kultur.

Immer häufiger höre ich im Hinblick auf Frauen- und Migrant*innen-Projekte, dass es notwendig sei, „raus aus der Nische“ zu kommen. **Faktisch heißt es aber, zugunsten von Diversität als Querschnittsaufgabe die eigenständigen Programme der Frauen*förderung und der Migrant*innenprojekteförderung aufzugeben.** Ich teile diese in der Regel aufgrund von Kürzungsvorhaben motivierte Aussage dezidiert nicht. **Wir brauchen sowohl Frauenförderung als auch Gender Mainstreaming.** Es handelt sich hierbei um zwei grundlegende, sich ergänzende Strategien zur Durchsetzung der tatsächlichen Gleichberechtigung. Während Frauenförderung gezielt Nachteile von Frauen ausgleicht, integriert Gender Mainstreaming die Geschlechterperspektive systematisch in alle allgemeinen Entscheidungsprozesse und Strukturen.

- **Die gesellschaftsverändernde Kraft feministischer und gleichstellungsorientierter Zusammenschlüsse**

Bei der [29. Bundeskonferenz der Kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten](#) in Lübeck im Mai 2026 wurden über 30 Beschlüsse gefasst, die in ihrer Themenbreite sehr deutlich machen, was die Bundesministerien, was wir alle als gesellschaftspolitisch Kräfte im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit noch zu leisten haben. Aus Berlin wurde u.a. [gefordert](#):

- Gesetzespaket auflegen für die existenzielle Unterstützung von Alleinerziehenden und zum Abbau struktureller Benachteiligungen im Familienrecht
- Reformierung des Umgangs- und Sorgerechts zum Schutz gewaltbetroffener Frauen und ihrer Kinder
- Gewaltschutz für geflüchtete Frauen und Migrantinnen sicherstellen

Am 18. – 19. Juni 2026 fand in Dresden die [36. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder \(GFMK\)](#) statt. Leider sind die Beschlüsse noch nicht veröffentlicht.

- **Was muss sich in Berlin ändern, damit Frauen und Männer gleichberechtigt leben können?**

Berlin braucht eine Gleichstellungspolitik, die im Alltag der Menschen ankommt. Rund 50 Berliner*innen ab 16 Jahren diskutieren, wo Handlungsbedarf besteht und formulieren konkrete Ziele. Sie benennen relevante Akteure und machen den Gleichstellungsauftrag der Berliner Verfassung für unterschiedliche Lebensbereiche greifbar. Das Forum trifft sich an drei Terminen im Juli, September und Oktober 2026. Am Ende stehen gemeinsam erarbeitete Empfehlungen für ein gerechteres Zusammenleben in Berlin.

Ob die Ergebnisse veröffentlicht werden, welche Rolle sie ggf. beim Demokratiefördergesetz oder hinsichtlich des dringend zu erneuernden Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms (GPR) genutzt werden sollen, ist mir leider unbekannt.

Mehr: <https://www.berlin.de/sen/frauen/gleichstellung/forum/>

- **Welche Zivilgesellschaft duldet der Staat?**

Zivilgesellschaftliches Engagement ist eine unverzichtbare Stütze der liberalen Demokratie. In einer Vielzahl von freiwilligen Vereinigungen werden demokratische Werte praktiziert und verteidigt. **Die Aktivierung der Zivilgesellschaft gilt als eine wichtige Bedingung des demokratischen Regierens.** Wie der US-amerikanische Politikwissenschaftler Robert D. Putnam in seinem Buch „Making Democracy Work“ festgestellt hat, **sind eine stabile Demokratie und ein gutes Regieren gewissermaßen ein Nebenprodukt von Gesangsgruppen und Fußballvereinen** – der gemeinschaftsbildenden Kraft des bürgerschaftlichen Handelns im öffentlichen Raum.

Wenn von der AfD ein Untersuchungsausschuss gefordert wird, um die Förderung von Vereinen „kompromisslos zu durchleuchten“ und „auszumisten“, wenn die Fraktion der CDU/CSU die [Kleine Anfrage „Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen“](#) mit 551 Fragen zu Organisationen wie Omas gegen Rechts, BUND und Greenpeace stellt, **stellt sich eine viel grundsätzlichere Frage: Welche Zivilgesellschaft duldet der Staat? Es ist durchaus lohnenswert sich hierzu mit der [Geschichte des Gemeinnützigkeitsrechts](#) zu befassen.**

Die junge Republik definiert sich 1919 in ihrer Verfassung als „Wohlfahrtsstaat“ und greift dabei auf die Hände engagierter Bürger*innen zurück. Der Staat räumt den freien Wohlfahrtsverbänden über das Subsidiaritätsprinzip eine gesetzliche Vorrangstellung ein: Soziale Aufgaben sollen zuerst die freien Träger erfüllen; der Staat tritt erst dann ein, wenn diese nicht ausreichen. Mit der Durchsetzung des Nationalsozialismus stand nicht mehr die „Allgemeinheit“ im Mittelpunkt sondern die „Volksgemeinschaft“, das Gemeinnützigkeitsrecht wurde zur Vernichtungswaffe. Erst ab den 1960er-Jahren regt sich ein rebellischer Geist unter dem deutschen Wirtschaftswunder: Es entsteht eine völlig neue Form von Zivilgesellschaft, und sie ist nicht mehr rein karitativ, sondern kritisch, kreativ und aktivistisch. 1989 stehen zwei unterschiedlich geprägte und sich parallel emanzipierende Zivilgesellschaften gemeinsam auf der Mauer. Erstmals halten sie die Gestaltung einer neuen, souveränen Demokratie in den eigenen Händen.

„Und das Gemeinnützigkeitsrecht? Wie hat sich diese gewaltige gesellschaftliche Transformation darin niedergeschlagen? Gar nicht. Die gestaltende und streitbare Zivilgesellschaft ist dem deutschen Staat und Steuerrecht bis heute strukturell verdächtig. Der Katalog der gemeinnützigen Zwecke in der Abgabenordnung kennt keine „Menschenrechte“, keine „soziale Gerechtigkeit“ und keinen „Frieden“ als „selbstlosen“ Zweck. Die juristische Architektur des Gemeinnützigkeitsrechts ist heute noch fast identisch mit der von 1925/1931.“ Das Gemeinnützigkeitsrecht war nie eine rein steuertechnische Frage. Es hat seit seiner ersten Niederschrift eine bestimmte Form von Zivilgesellschaft privilegiert: die dienende, unkritische und staatsfromme. **Die Zivilgesellschaft von heute ist jedoch eine völlig andere: Sie ist Fundament unserer wehrhaften Demokratie.** In ihrer Wächterinnenrolle kontrolliert sie die Regierung und setzt sich für die Rechte und Interessen von Minderheiten ein. Das ist gewollt und auch gut so – den gerade in Zeiten wiedererstarkender rechter und autoritärer Politik braucht die krisengeschüttelte Gesellschaft engagierte Menschen und Initiativen, die sich für ihren Zusammenhalt einsetzen.

Und heute: Engagement versteht sich in einem zivilgesellschaftlich geprägten Verständnis als politische Selbstwirksamkeit: als Beteiligung, Mitgestaltung und das Einbringen eigener Perspektiven. Engagement ist ausdrücklich mehr als Ehrenamt – es ist Teil demokratischer Aushandlung. Es braucht dazu eine längst überfällige Modernisierung des Gemeinnützigkeitsrechts, das die Zivilgesellschaft, wie sie heute ist, anerkennt und ihr Engagement für Menschen- und Grundrechte sowie ihre Wehrhaftigkeit gegen rechtsautoritäre Bestrebungen unter rechtlichen Schutz stellt. Der demokratische Staat und die demokratischen Teile der

Zivilgesellschaft müssen sich zusammentun, um den zerstörenden Kräften, die unsere Demokratie zersetzen wollen, aktiv und gemeinsam entgegentreten.

- **Eine Kämpferin der Frauenbewegung ist Dr. Gisela Notz**

2027 erscheint im 25sten Jahr der von ihr herausgegebene Kalender „Wegbereiterinnen“ - anfangs mit berühmten oder auch den zu Unrecht vergessenen Frauen aus der proletarischen Frauenbewegung. Ihnen wurde ein Denkmal gesetzt. In diesem Zeitraum kamen viele Autorinnen dazu, die über die Wegbereiterinnen aus der emanzipatorischen Frauenbewegung schrieben. Mittlerweile schreiben viele – die vorgestellten „Kalender-Frauen“ sind bunter und internationaler geworden. Dieser kann in Bälde bestellt werden unter Email: spak-buecher@leibi.de ; www.agspak-buecher.de oder über den Buchhandel.

Aufbruch, Feminismus, Frauengeschichte und Revolution sind Themen, die das Leben und Wirken der Sozialwissenschaftlerin und Historikerin Gisela Notz durchziehen. Als Wissenschaftlerin und Aktivistin war sie Teil verschiedener sozialer Bewegungen. Gisela Notz vertritt bis heute kämpferisch Themen der Frauen- und Geschlechtergeschichte und der sozialen Befreiung.

Neben den Kalendern hat sie ein Buch „Wegbereiterinnen - Berühmte, bekannte und zu Unrecht vergessene Frauen aus der Geschichte“ - ISBN 978-3-945959-27-5 – herausgegeben, in dem das Wirken von 192 Frauen, die für eine bessere friedliche Welt kämpften, nachzulesen ist. Ich kann sagen: Es ist ein hilfreiches Handbuch zur Emanzipation.

- **Gute Ökonomie braucht Feminismus**

Wie gestalten wir den Wandel gerecht? HTMI-Direktorin Prof. Dr. Aysel Yollu-Tok im Interview über wirtschaftliche Teilhabe, geschlechtergerechte Finanzen und zukunftsfähige Politik. Seit seiner Gründung versteht sich das Harriet Taylor Mill-Instituts für Ökonomie und Geschlechterforschung als Ort interdisziplinärer Forschung an den Schnittstellen von Ökonomie, Recht, Verwaltung und Geschlechterforschung. Wer beispielsweise über Erwerbsarbeit, Entgeltgleichheit oder Vereinbarkeit von Familie und Beruf spricht, muss zugleich die ökonomischen Strukturen, die rechtlichen Regelungen und deren Umsetzung in Organisationen und Verwaltungen betrachten.

Geschlecht ist eine zentrale Dimension gesellschaftlicher Ungleichheit. Zugleich entstehen Teilhabechancen und Benachteiligungen häufig an der Schnittstelle verschiedener sozialer Kategorien und Machtverhältnisse. Herkunft, soziale Lage, Migrationserfahrung, Alter, Behinderung oder Familienform wirken häufig mit Geschlechterverhältnissen zusammen. **Eine zukunftsorientierte**

Gleichstellungspolitik muss deshalb intersektional denken. Sie muss fragen, welche Gruppen von gesellschaftlichen Chancen ausgeschlossen werden, welche Hürden bestehen und wie Teilhabe für alle verbessert werden kann.

Mehr: <https://www.hwr-berlin.de/aktuelles/neuigkeit/detail/6954-gute-oekonomie-braucht-feminismus>

- **Berlin beschließt neues Ausschreibungs- und Vergabegesetz: Zweites Gesetz zur Änderung des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes und weiterer Rechtsvorschriften**

Jedes Jahr werden in Berlin öffentliche Aufträge in Höhe von fünf bis sechs Milliarden Euro vergeben. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sind öffentliche Aufträge eine wichtige Stütze für Berliner Unternehmen und ihre Beschäftigten. Es ist wichtig, dass diese Aufträge nicht an Billiganbieter gehen, sondern besonders tarifgebundene Unternehmen gestärkt werden.

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat am 18. Juni 2026 das Zweite Gesetz zur Änderung des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes (BerlAVG) beschlossen. Kernstück ist die Anhebung der Wertgrenzen auf 75.000 Euro für Liefer- und Dienstleistungsaufträge sowie auf 500.000 Euro für Bauleistungen. Die Tariftreueverpflichtung nach § 9 BerlAVG bleibt bestehen. Neu eingeführt wurde das „Bestbieterprinzip“ (wonach nicht automatisch das billigste Angebot gewinnt, sondern das wirtschaftlich vorteilhafteste) sowie die Beibehaltung der Teil- und Fachlosvergabe. Diese Änderungen erleichtern kleinen und mittleren Betrieben den Zugang zu öffentlichen Aufträgen und fördern fairere Wettbewerbsbedingungen. Es erfolgen auch Änderungen es Landesgleichstellungsgesetzes

Mehr <https://blog.cosinex.de/2026/06/18/berlin-berlawg-novelle-zweites-aenderungsgesetz/>

Wir Feministinnen haben die Aufgabe, das Wissen und Können, aber auch soziale Räume und Zeiten anzubieten, um Zukünfte individuell-biografisch wie kollektiv-gesellschaftlich zu entwerfen. Feministinnen sind keine homogene Gruppe, aber wir haben gelernt, wertschätzend und respektvoll mit Differenzen unter Frauen* und mit der Vielfalt der feministischen Bewegungen umzugehen und diese produktiv zu machen. Geschichtsbewusstsein ist dabei nützlich: Nichts wurde uns geschenkt, nichts ist selbstverständlich! Die Gesellschaft und die Politik braucht unsere unbequemen Fragen und Analysen.

Mit feministischen Grüßen
Mechthild Rawert

I. BFB 1945 e.V. als frauen*politische Akteurin

1. Feministischer Sommerkongress (fem.SK) – Zukunft feministisch gestalten

Mitfrauen und Mitarbeiterinnen des BFB 1945 e.V. sind von Anfang an äußerst aktiv bei der Planung und Durchführung des Feministischer Sommerkongresses am 04. und 05. Juli 2026 involviert, u.a.:

- **Dr. Eva Schulze** und **Karin Knufmann-Happe** sind in der Lenkungsgruppe und entscheiden und steuern sämtliche Grundentscheidungen für ein erfolgreiches Gelingen.
- **Dr. Hildegard Schicke** ist Co-Koordinatorin des Schwerpunktthema Berlin - Stadt für ALLE und wird u.a. die Veranstaltung „Berlin - Stadt für Alle - fair, inklusiv und sorgend?“ durchführen. Die Frage „Was bedeutet das konkret für Berlin, im Bezirk, im Kiez?“ soll im Workshop aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet werden, u.a. aus Sicht von pflegenden Angehörigen.
- **Mechthild Rawert** koordiniert das Schwerpunktthema „Fraueninfrastrukturen sichern – stärken – ausbauen“
Aus verschiedenen Gründen steht die Berliner Fraueninfrastruktur unter Druck: Im Kontext des Generationenwandels treten immer weniger Frauen*in die Frauenvereine ein oder wollen Vorstandstätigkeiten übernehmen. Außerdem erfolgen derzeit Kürzungen bei den öffentlichen Geldern. Wie geht es weiter? Wie prägen feministische Werte bzw. die unterschiedlichen Frauenbewegungen auch heute noch die Träger und die in diesen geleistete professionelle Arbeit? Wie sehen zukunftsorientierte Organisations- und Finanzierungsstrukturen aus? Wie werden Frauenvereine als Orte einer gleichstellungsorientierten Demokratie gestärkt? Wie sehen „neue“ Strukturen der Mittelvergabe aus? Gibt es neue Finanzierungsquellen und Kooperationen? Geleistet wird auch Feministische Erinnerungskultur durch Projekte des Forum der Migrantinnenprojekte und es wird über den aktuellen Stand von Sexismus am Arbeitsplatz informiert.
- **Mitarbeiterinnen von KOBRA und vom Netzwerk für Alleinerziehende in Friedrichshain-Kreuzberg** werden dankenswerterweise ebenfalls tätig.
- **Mitfrauen des BFB 1945 e.V.** werden als Volunteers tätig.

II. Gemeinsame Aktionen mit unseren Verbündeten

Der Berliner Frauenbund 1945 e.V. ist dauerhaft Mitglied verschiedener Bündnisse, Netzwerke und Verbände. Diese sind unerlässlich, um Forderungen solidarisch und mit größerem politischem Druck zu transportieren. Desweiteren werden vorübergehende Zusammenschlüsse mit Partner*innen eingegangen, um als starke Lobby-Gruppe zu agieren.

1. Feministischer Sommerkongress 2026 – Zukunft feministisch gestalten

Frauen und FLINTA*-Personen sind auch in Berlin weiterhin von struktureller Ungleichheit und Diskriminierung betroffen. Gleichzeitig nehmen antifeministische Angriffe auf Gleichstellung und demokratische Werte zu. Der Feministische Sommerkongress 2026 am 04. und 05. Juli 2026 in Martas Gästehäuser, Lehrterstr. 68, Berlin-Hauptbahnhof, setzt dem etwas entgegen: Er bringt Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Politik, Wissenschaft und Verwaltung zusammen, um feministische Perspektiven zu stärken, Netzwerke zu erweitern und gemeinsame Strategien für ein gerechteres Berlin zu entwickeln. Frauen* und FLINTA diskutieren zu verschiedenen Schwerpunktthemen, u.a. zu

1. Generationenübergreifende feministische Perspektiven
2. Frauen in der Wissenschaft und Antifeminismus als gesellschaftliche und demokratische Herausforderung
3. Parität und politische Teilhabe in den Parlamenten
4. Digitale Gesellschaft sicher und gerecht gestalten - feministische Praxis und Perspektiven
5. Berlin - Stadt für ALLE
6. Geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung und Gender-Medizin
7. Gesellschaftliche Bedeutung sexueller Selbstbestimmung
8. Ökonomische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Teilhabe
9. Gewaltschutz
10. Frauen und Frieden – Feminismus in den Religionen
11. Fraueninfrastrukturen sichern – stärken – ausbauen

Daneben gibt es ein kulturelles Begleitprogramm voller Bewegung sowie politische Diskussionsrunden.

III. Frauenpolitisch relevante eigene Termine bzw. die Dritter

Datum / Ort	Thema	Häufig ist eine Anmeldung notwendig / Link
am 27.06.2026 12:00 Uhr Invalidenpark, Berlin	Jetzt reicht's! Komm zur Demo für den Sozialstaat Wir, ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, AWO, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie Berliner Mieterverein, rufen auf, die Angriffe auf unseren Sozialstaat nicht unwidersprochen hinzunehmen. Ende Juni veröffentlicht die Bundesregierung ihre "Reformpläne", die vor allem massive Kürzungen unserer sozialen Sicherheit nach sich ziehen werden. Weniger Gesundheitsleistungen, sinkende Rente, steigende Pflegekosten, länger arbeiten - die Liste der Grausamkeiten ist lang. Die Lasten werden den Beschäftigten aufgeladen - während die Reichen und Vermögenden verschont werden.	
Samstag 27. Juni 2026, 13.30 bis 18.00 Uhr Besuchszentrum Ostkreuz, Revaler Straße 29, 10245 Berlin- Friedrichshain	„Sommerfest der politischen Bildung“: Veranstaltung der Berliner Landeszentrale für politische Bildung, die zudem ihr 70-jähriges Bestehen feiert.	Mehr Infos https://www.berlin.de/politische-bildung/veranstaltungen/veranstaltungen-der-berliner-landeszentrale/sommerfest-der-politischen-bildung-1671422.php
29.06.26 12,00 bis 13.30 Uhr Online	Feminist Futures Lab Angesichts vielfältiger Umbrüche und Herausforderungen fragen sich viele, wie wir Fortschritt neu ausbuchstabieren und ein positives Zukunftsbild auch politisch gestalten können? Wir möchten mit Ihnen und der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Josephine Ortleb, diskutieren, wie eine zukunftsorientierte feministische Politik aussehen kann und welche Ansatzpunkte dafür notwendig sind.	Anmeldung bitte unter diesem Link: https://www.fes.de/link/feministfutureslab
Wann: 29. Juni 2026 Wo: Online	Rechtsextreme Regierung? Krisenfeste Organisationen schaffen für den politischen „Worst Case“ Veranstalter: Zukunft Demokratie, Amadeu Antonio Stiftung, Campact und Der Paritätische Die Veranstaltung richtet sich an Akteur*innen im Wohlfahrtsbereich und thematisiert, wie sich	Anmeldung bis 25. Juni unter https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSfHRK1vydCFIkoxC8Syeev9iwOYcl8MOK

	zivilgesellschaftliche Organisationen auf den politischen „Worst Case“ vorbereiten können. Im Fokus stehen Fragen zu Finanzierung, Recht, Strukturen und Netzwerken.	vU_pgKQZLHrmH_Aw/viewform
Montag, 29. Juni 17.00 – 18.30 Uhr Wo? Bundesstiftung Gleichstellung, Karl-Liebknecht-Str. 34, 10178 Berlin	Abgeordnetenhauswahl 2026: Strategien für einen längst überfälligen Gleichstellungsturbo Veranstaltung der Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen e.V. Podiumsdiskussion mit den Spitzenkandidat:innen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN Wir möchten von den Kandidat:innen erfahren, welche gleichstellungspolitischen Ziele sie in der nächsten Legislaturperiode insbesondere in den Bereichen • Umsetzung der Istanbul-Konvention • Wohnraumversorgung • Rahmenbedingungen von Arbeit und • Parität verfolgen wollen. Nachhaltige gleichstellungspolitische Erfolge bedürfen auch einer parteiübergreifenden Kooperation. Deshalb möchten wir ausloten, an welchen Stellen eine solche Kooperation aus Sicht der Spitzenkandidat:innen möglich ist	Link zur Anmeldung bis zum 25.6. https://www.berlin-stadtderfrauen.de/einladung-abgeordnetenhauswahl/
30. Juni 2026 virtuelle Multiplikatorenveranstaltung	Save the date: Veranstaltung des Unternehmensnetzwerks „Erfolgsfaktor Familie“: virtuelle Multiplikatorenveranstaltung „Familienfreundlichkeit als Erfolgsfaktor – auch und gerade in schwierigen Zeiten“ u.a. mit Prof. Dr. Jutta Rump	
Mittwoch, 01.07.2026, 10:00 bis 11:30 Uhr	Nur für Mitgliedsverbände des Paritätärs Stark gegen (rechte) Störungen: Online-Fachimpuls zum Schutz von Veranstaltungen, Ständen und Festen Wie können Veranstaltungen, Feste und Stände bereits im Vorfeld besser geschützt werden? Welche Vorbereitungsschritte erhöhen Handlungssicherheit im Team (Rollen, Absprachen, Eskalationsstufen)? Welche Reaktionsweisen sind in Störungssituationen sinnvoll – und welche eher nicht? Was ist nach Vorfällen wichtig (Betroffenenperspektive, Dokumentation, Kommunikation, Lernen aus der Situation)?	Anmeldung: https://pretix.eu/paritaetberlin/WS-SchutzVA/
4.Juli, 09 Uhr bis 21.00 Uhr 5. Juli 2026, 10 Uhr - 18 Uhr	Feministischer Frauen-Sommerkongress: Zukunft feministisch gestalten Ziel ist es, die bestehende frauenpolitische Zivilgesellschaft in Berlin zu vernetzen, den Austausch zwischen	Ende Mai/ Anfang Juni ist die Website mit

martas Gästehäuser, Seydlitzstr. 20, 10557 Berlin (Hauptbahnhof)	Organisationen zu stärken und gemeinsame Strategien zur Förderung von Gleichstellung und demokratischer Teilhabe weiterzuentwickeln. Anvisierte Themen u. a. Antifeminismus, geschlechtergerechte Medizin und generationenübergreifende feministische Perspektiven.	Anmeldemöglichkeiten öffentlich Kurzkonzept https://www.frauengesundheit-berlin.de/fileadmin/user_upload/Materialien_nicht_FNGB/Zusammenfassung_Konzept_des_Feministischen_Sommerkongresses_Juli_2026.pdf
6. Juli 2026 von 9:00 – 16:30 Uhr im SFBB - sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg Königstraße 36B, 14109 Berlin (Nähe Glienicker Brücke)	An der Schnittstelle von Gewaltschutz und Aufenthaltsrecht - Ein Fachtag zu rechtlichen Rahmenbedingungen und Praxisfragen Bei inhaltlichen Fragen zum Fachtag wenden Sie sich bitte an: Helena Elz - BIG Koordinierung BIG e.V. (Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen) E-Mail: elz@big-koordinierung.de Veranstaltungsnummer des SFBB: 8549/26 Mit der Anmeldung werden Sie auf die Warteliste aufgenommen. Eine Bestätigung der Anmeldung erfolgt erst nach Ablauf der Anmeldefrist (08.06.2026)	Die Anmeldung erfolgt über den Link: https://web.antragocloud.de/SFBB/prod/seminarportal_shop/Course/Details/Index/RI-pageSize(5)cid(158873)?area=Course&searchCourseKeyword=gewaltschutz&catalogUrl=%2FSFB%2Fprod%2Fseminarportal_shop%2FCourse%2FSearch%2FIndex%2FRI-pageSize(5)%3Farea%3DCourse%26searchCourseKeyword%3Dgewaltschutz
Do, 09.07.2026, 19.00-20.30 Uhr Haus Helene-Weber, Wundtstraße 40-44, 14057 Berlin	Vortrag: Gemeinsam für Gleichberechtigung: Die Rolle der Männer Feminismus ist kein Frauenthema. Es ist eine gemeinsame Aufgabe. Was bedeutet es, als Mann feministisch zu handeln – im Alltag, im Job, in Beziehungen? Diese Veranstaltung lädt Männer dazu ein, ihre Rolle im Feminismus neu zu denken: nicht als Zuschauer, sondern als aktive Verbündete. Gemeinsam sprechen wir über Privilegien, Verantwortung und darüber, wie Männer empowert werden können, Gleichberechtigung bewusst zu leben, zu lernen und weiterzugeben.	Anmeldung unter Tel. 030 / 321 50 21, per E-Mail info@kdfb-berlin.de Mehr Infos und Anmeldung über https://www.kdfb-berlin.de/event/vortrag-die-rolle-der-maenner/

	Gleichzeitig schauen wir darauf, wie Frauen und marginalisierte Perspektiven Räume für Dialog öffnen können: Wie entstehen Gespräche, die Männer erreichen, statt sie in Abwehr zu bringen? Welche Strategien helfen, Verbündete zu gewinnen und Veränderung gemeinsam zu gestalten? Referent*in: Martin Speer, Autor und HeForShe Aktivist der UN Women	
Mittwoch, 15. Juli 2026, 19:00 Uhr bis ca. 21:30 Uhr, danach lockerer Ausklang Ort: Honey Lou Bar, Anzengruberstraße 3, 12043 Berlin-Neukölln	„Science on Tap: Verhütung“ Wir bringen Forschung, Politik, Wirtschaft, Medien und die breite Öffentlichkeit in eine Bar mitten in Berlin, um gemeinsam über die Verhütung der Zukunft zu sprechen. Wissenschaft und Zivilgesellschaft sind oft zu weit voneinander entfernt. Wir brauchen wissenschaftliche Expertise für die Entscheidungen, die wir täglich treffen, ob privat, politisch oder gesellschaftlich. Gleichzeitig braucht die Wissenschaft den Austausch mit der Gesellschaft, um relevant zu bleiben und ihre Legitimation zu erhalten. Genau diesen Austausch wollen wir an diesem Abend fördern, unterstützt vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR). Dazu setzen wir auf einen moderierten Open Circle: Im Innenkreis sitzt eine vielfältig zusammengesetzte Gruppe aus Forschung, Politik, Medien und Publikum. Alle fünfzehn bis zwanzig Minuten wechseln die Personen, sodass im Laufe des Abends immer wieder neue Stimmen aufeinandertreffen. Ein Stuhl bleibt durchgehend frei für spontane Beiträge aus dem Publikum.	Mehr Infos und Anmeldung https://luma.com/hl/nykel
Fr. , 17.07.2026 10:30 - 12:00 Uhr online	Finanzierungswege für Digitalisierung neu denken - Ideenwerkstatt für digitale Lösungen in der Sozialwirtschaft Digitale Lösungen können dazu beitragen, Prozesse in der sozialen Arbeit effizienter, nutzerfreundlicher und wirksamer zu gestalten. Doch häufig stellt sich die Frage: Wie lassen sich digitale Innovationen nachhaltig finanzieren und in bestehende (Re)-Finanzierungsstrukturen integrieren? In unserer interaktiven Ideenwerkstatt bringen wir Menschen aus unterschiedlichen Bereichen und Organisationen zusammen, um gemeinsam neue Perspektiven auf die Finanzierung digitaler Lösungen zu entwickeln. Im Mittelpunkt steht nicht die Analyse von Hindernissen, sondern das kreative Erarbeiten von Möglichkeiten.	Mehr Infos und Anmeldung https://app.guestoo.de/public/event/0ccf4094-85b6-4057-89ed-c185f5a1261c?lang=de
20. August 2026 10:00–15:00 Uhr	Tradwives & Manfluencer: Antifeministischen Trends begegnen Was will Feminismus wirklich – und wie wird er in antifeministischen Narrativen verzerrt? In diesem Workshop analysieren wir antifeministische und	Mehr Infos und Anmeldung https://lernort.inbe.berlin/20260820/

Berlin Global Village Am Sudhaus 2, 12053 Berlin	queerfeindliche Inhalte auf Social Media, von „Tradwife“-Influencerinnen bis hin zu „Manfluencern“. Um die Gegenwart besser zu verstehen, werfen wir außerdem einen Blick in die Vergangenheit: Gemeinsam beschäftigen wir uns mit feministischen Errungenschaften und setzen sie in Beziehung zu heutigen antifeministischen Gegenbewegungen. Du lernst: - antifeministische und queerfeindliche Inhalte auf Social Media zu erkennen und zu analysieren - die Strategien und Botschaften von „Tradwife“-Influencerinnen und „Manfluencern“ zu verstehen - gesellschaftliche Auswirkungen antifeministischer Narrative einzuordnen - zentrale feministische Errungenschaften kennenzulernen und historisch einzuordnen - aktuelle antifeministische Gegenbewegungen in diesen Kontext einzuordnen	
1.-30.9.2026	Berliner Demokratietag 2026 Anlässlich des Internationalen Tages der Demokratie am 15. September 2026 richtet die Stiftung Zukunft Berlin den Berliner Demokratietag aus. Begleitend dazu findet vom 1. bis 30. September 2026 der »Monat der Demokratie« in ganz Berlin statt. Das Motto lautet: »Demokratie erleben – Berlin gestalten«. Ziel ist es, Räume für Austausch, Teilhabe und demokratische Beteiligung zu schaffen. Organisationen, Vereine, Initiativen, Schulen, Kulturakteure, Unternehmen sowie Einzelpersonen sind eingeladen, eigene Veranstaltungen einzureichen. Mögliche Formate sind Diskussionen, Workshops, Ausstellungen, Lesungen sowie Mitmach- und Begegnungsangebote. Die Einreichfrist endet am 15. August 2026, die Beiträge werden geprüft und in einen stadtweiten Veranstaltungskalender aufgenommen. Am 13. September 2026 findet das zentrale Mitmachfest unter dem Motto »Eine Stadt, viele Stimmen« vor der Amerika-Gedenkbibliothek am Blücherplatz in Berlin-Kreuzberg statt. Dort präsentieren zivilgesellschaftliche Akteur*innen ihre Arbeit und bieten interaktive Formate an. Für das Mitmachfest können Stände bis zum 15. Juni 2026 angemeldet werden.	Weitere Infos https://demokratietag.berlin/monat-der-demokratie/veranstaltungen-der-berliner-landeszentrale/online
03. September 2026, 09:30 Uhr – 15:30 Uhr Rathaus Spandau Bürger(*innen)saal, 2. Stock Carl-Schurz-Straße 2/6, 13578 Berlin	Frauenrechte in der Wohnungskrise? Zwischen Wohnungsverlust, Gewalt und Obdachlosigkeit Wohnungsverlust und Wohnungslosigkeit von Frauen entstehen häufig im Zusammenspiel von steigenden Mieten, prekären Einkommen, Trennung, Gewalt und fehlenden Schutz- und Unterstützungsangeboten. Besonders betroffen sind Frauen mit Gewalterfahrungen, Alleinerziehende, Frauen mit	Zur Anmeldung: https://www.berlin.de/politische-bildung/veranstaltungen/veranstaltungen-der-berliner-landeszentrale/online

	Fluchtgeschichte sowie Frauen mit psychischen Belastungen oder Suchterkrankungen. Der Fachtag nimmt diese Zusammenhänge in den Blick und diskutiert, wie Zwangsräumungen verhindert, Schutzlücken geschlossen und Wohnraum für Frauen in Berlin langfristig gesichert werden können. Fachimpulse von Prof. Dr. Seek und Dr. Andrej Holm beleuchten aktuelle Entwicklungen auf dem Berliner Wohnungsmarkt, strukturelle Ursachen von Wohnungslosigkeit sowie geschlechtsspezifische Risiken des Wohnungsverlustes. In praxisorientierten Workshops werden konkrete Herausforderungen und Unterstützungsansätze aus den Bereichen Gewaltschutz, Suchthilfe, Wohnungsnotfallhilfe und soziale Sicherung diskutiert. Ein Panel mit Berliner Abgeordneten thematisiert politische Handlungsmöglichkeiten zur Prävention von Wohnungslosigkeit, zur Sicherung bezahlbaren Wohnraums und zum Ausbau bedarfsgerechter Hilfs- und Schutzstrukturen für Frauen. Die Veranstaltung richtet sich an Fachkräfte und Multiplikator*innen aus Sozialer Arbeit, Wohnungsnotfallhilfe, Gleichstellung, Jugendhilfe und Gesundheit sowie an engagierte Akteurinnen aus Politik und Zivilgesellschaft.	anmelden/formular.680951.php?veranstaltung=frauenrechte-in-der-wohnungskrise_03.09.2026
Sa, 5.9.26. 10.30 – 12.30 Uhr	Ausflug: „Zeitgeschichte, die berührt: Witness Walks – eine antikoniale Stadtführung“ Die Stimmen der letzten Zeitzeug*innen werden weniger – auch die Erinnerungen an den europäischen Kolonialismus in Afrika drohen zu verstummen. Der KDFB lädt ein zu einer besonderen Begegnung mit Mnyaka Sururu Mboro, Lehrer und Aktivist aus Tansania, der die britische Kolonialherrschaft über Tanganjika noch selbst erlebt hat. Er berichtet und zugleich von der deutschen Kolonialzeit, die seine eigene Familiengeschichte deutlich geprägt hat. Bei einem Rundgang durch das Afrikanische Viertel (Wedding) macht er koloniale Spuren sichtbar – eindringlich, persönlich und bewegend.	Mehr Infos und Anmeldung unter www.kdfb-berlin.de oder per Email an info@kdfb-berlin.de
09.09.2026 Bundesstiftung Gleichstellung	Save the Date Konsequenzen des Wechsels von Förderlogiken für die Berliner Frauen(projekte)infrastruktur Veranstalterin u.a. Berliner Frauenbund 1945 e.V.	
11. September 2026 in Berlin Nicht kostenfrei	Save the date: Unternehmenstag „Erfolgsfaktor Familie“ Im Mittelpunkt stehen – neben der Vorstellung von aktuellen Studienergebnissen – kleine und mittlere Unternehmen und ihre Erfolgsgeschichten rund um	Mehr Infos und Anmeldung https://fundraisingta.ge.de/event/frt-bb-2026/

	die Vereinbarkeit von Beruf und Familie – und wie sie davon profitieren.	
	Fundraisingtag Berlin-Brandenburg Menschen bündeln ihre Ressourcen, um gemeinsam für eine Zukunft zu spenden, in der sie leben möchten. Das ist die Kernidee von Giving Circles weltweit. Unser Workshop gibt aus der Praxisperspektive einen kompakten Überblick über alle Tools und ToDos, die es braucht, um einen erfolgreichen Giving Circle zu starten. Er richtet sich an alle, die selbst einen Giving Circle gründen oder das Format für ihre Organisation nutzbar machen möchten.	
19.9.2026 Berlin	Aktions-Kundgebung zur sexuellen Selbstbestimmung	
Sa., 26.9.26, 11-13 Uhr	Kirztouren mit Herz „ das gibt es doch gar nicht: Wohnungslose Familien in Berlin	Kosten fünf Euro Weitere Infos und Anmeldung unter www.erzbistumberlin.de/kieztouren
30.09.26 von 16-21 Uhr in unseren Räumen in der Kantstraße 33 in Charlottenburg.	Save the Date: 25. Jubiläum BZfG „After Work Talk“ 25. Jubiläum des Berliner Zentrums für Gewaltprävention	
30. September 2026 - 18:00 Uhr bis 21:00 Uhr Heilig-Kreuz-Kirche Zossener Str. 65 10961 Berlin	Bühne frei gegen Ungleichheit - Ein legislatives Theaterprojekt - Machen Sie mit! politischer Abend mit Theater, Musik und Lesung in Berlin. Veranstalter sind: Die Nationale Armutskonferenz, die Diakonie Deutschland, die Evangelische Kirchengemeinde vor dem Halleschen Tor und der Paritätische Gesamtverband. Unter dem Motto „Bühne frei gegen Ungleichheit“ bringen von Armut betroffene Menschen ihre Realität als Theaterstück auf die Bühne – und laden Bundespolitiker*innen vor Ort zur Auseinandersetzung ein. Das Legislative Theater entsteht!	Mehr Infos und Anmeldung unter https://www.der-paritaetische.de/termin-detailansicht/buehne-frei-gegen-ungleichheit-1/
Do, 01.10.2026, 19–20.30 Uhr Ort Haus Helene Weber, Wundtstr. 40-44, 14057 Berlin	Workshop Klares Reagieren auf sprachliche Übergriffe im beruflichen und ehrenamtlichen Kontext Übergriffige, sexistische Kommentare und menschenverachtende Parolen begegnen uns im Alltag leider immer wieder, sei es im beruflichen oder ehrenamtlichen Kontext. Häufig sind wir erst mal überrumpelt und sprachlos. Doch was lösen solche Begriffe oder Sätze in mir aus? Wie sind meine Reaktionen? Wie gehe ich mit Angst um? Wie kann ich „Stopp“ sagen und doch im Kontakt	Mehr Infos und Anmeldung unter www.kdfb-berlin.de oder per Email an info@kdfb-berlin.de

	mit demjenigen, der diese Aussagen macht, bleiben? Wie kann ich mich und andere schützen?	
06. Oktober 2026 bcc Berlin Congress Center, Alexanderstr. 11 10178 Berlin Nähe Alexanderplatz	„zusammen:weiter – Zukunft braucht Gleichstellung.“ Dritter Gleichstellungstag der Bundesstiftung Gleichstellung Unser Ziel ist es, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und gemeinsam weiter voranzugehen, um Wandel und Zukunft geschlechtergerecht zu gestalten. Gerade in Zeiten frauenfeindlicher, antidemokratischer Strömungen weltweit und tiefgreifender Transformations- und Strukturwandelprozesse hierzulande braucht es verlässliche Gleichstellungsstrukturen, innovative Lösungen und Menschen, die zusammen mit anderen dies in die Praxis transferieren, damit die richtigen Weichen für eine geschlechtergerechte Zukunft gestellt werden. Wir haben jetzt die Chance, gesellschaftliche Umbrüche und Veränderungen gemeinsam zu gestalten – nachhaltig, engagiert und gleichstellungsorientiert! Verbände, Vereine, Initiativen, Organisationen und Unternehmen sind aufgerufen, die Veranstaltung mit ihren Schwerpunkten und Perspektiven aktiv mitzugestalten.	Informationen zu den Beteiligungsformaten findet ihr in unserem Bewerbungsformular für den Call for Participation https://gleichstellungstag.de/2026/BSG_CallforParticipation_2026.pdf und auf www.gleichstellungstag.de
am 02./03.11.2026 ins bUm – Raum für solidarisches Miteinander	Save the Date: 4. Berliner Engagementkonferenz Nach drei erfolgreichen Ausgaben geht das Format in die nächste Runde: Auch 2026 bringt die Konferenz engagierte Akteur:innen aus Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft zusammen. Es geht um Austausch, neue Perspektiven und die gemeinsame Frage, wie Engagement und gesellschaftlicher Zusammenhalt gestärkt werden können.	Weitere Infos folgen. Wir freuen uns, wenn du dabei bist!
Do, 05.11.2026, 19-20.30 Uhr Online	Digitales Podium // Gewalt gegen Frauen im digitalen Raum Chats, Social Media, Messenger: Das Internet ist längst Teil unseres Alltags – und damit auch ein Raum, in dem Gewalt gegen Frauen stattfindet. Von Belästigungen in Kommentarspalten über Cyberstalking bis hin zur Verbreitung intimer Bilder ohne Zustimmung – digitale Gewalt trifft vor allem junge Frauen und kann genauso verletzend und bedrohlich sein wie Übergriffe im realen Leben. Doch wie können Frauen sich schützen? Welche rechtlichen Möglichkeiten gibt es? Und welche Projekte setzen sich schon heute dafür ein, dass digitale Räume sicherer werden?	Mehr Infos und Anmeldung unter www.kdfb-berlin.de oder per Email an info@kdfb-berlin.de

IV. Verschiedenes aus dem frauen*- und gesellschaftspolitischen Umfeld

- **Spendenmonitor: Gemeinnütziges Vererben auf Rekordniveau**

Der aktuelle Spendenmonitor des Deutschen Fundraisingverbandes und der Initiative »Mein Erbe tut Gutes. Das Prinzip Apfelbaum« zeigt einen deutlichen Anstieg des gemeinnützigen Vererbens in Deutschland. Demnach können sich rund ein Viertel der über 50-Jährigen sowie mehr als ein Drittel der kinderlosen Befragten vorstellen, eine Organisation in ihrem Testament zu bedenken. Die 26 beteiligten Organisationen erzielten im Jahr 2025 Rekorderlöse von 148 Millionen Euro aus Nachlässen, insgesamt wurden innerhalb von vier Jahren mehr als 570 Millionen Euro verzeichnet. Zentrale Motive sind der Wunsch, Werte über den Tod hinaus weiterzugeben, nachhaltige Wirkung zu entfalten und einen gesellschaftlichen Beitrag zu leisten. Besonders häufig werden die Bereiche Tierschutz, Umwelt- und Naturschutz sowie Kinder- und Jugendhilfe gewählt. Zudem zeigt sich eine Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland, aber auch Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Räumen sowie zwischen verschiedenen Konfessionen. Insgesamt gewinnt das gemeinnützige Testament als Ausdruck individueller Sinnstiftung und zivilgesellschaftlicher Finanzierung zunehmend an Bedeutung.

Weitere Informationen: <https://www.dfrv.de/blog/2026/04/17/vererben-fuer-den-guten-zweck/>

Ergebnisse des Spendenmonitors, Grafiken und Hintergrundmaterialien:

<https://www.mein-erbe-tut-gutes.de/fuer-die-presse/>

- **Geschlechtergerecht gestalten - Möglichkeiten und Grenzen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik**

Herausgegeben von Silke Bothfeld, Christian Hohendanner, Petra Schütt, Aysel Yollu-Tok

Trotz zahlreicher Bemühungen und Erfolge in der Gleichstellungspolitik seit Ende der 1990er Jahre bestehen in der Praxis nach wie vor erhebliche geschlechtsspezifische Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt. Frauen haben nach wie vor geringere Erfolgsaussichten beim Zugang und beim Verbleib in Beschäftigung, ihre Bezahlung und ihre Aufstiegsmöglichkeiten sind schlechter. Die Beiträge dieses Bandes bieten einen umfassenden Überblick über die aktuelle geschlechtsbezogene Arbeits(markt)politik(-)forschung. Mit einem multiperspektivischen Blick auf den vergeschlechtlichten Arbeitsmarkt gelingt es dem Band, historische Aspekte, Gegenwartsanalysen sowie gesellschaftliche Transformationsprozesse und Lösungsansätze zu verbinden.

Das E-Buch: <https://campus.de/geschlechtergerecht-gestalten/CAM45932>

- **Sexismus am Arbeitsplatz**

Die Studie liefert erstmals repräsentative, branchenübergreifende Daten zu Ausmaß, Erscheinungsformen und Folgen von Sexismus am Arbeitsplatz in Deutschland. Methodisch basiert sie auf einem Mixed-Methods-Ansatz, der quantitative Befragungsdaten mit qualitativen Tagebuchaufzeichnungen kombiniert. Durchgeführt wurde die Untersuchung von der EAF Berlin im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Projekts Bündnis „Gemeinsam gegen Sexismus“. Berücksichtigt wurden dabei neben Frauen und Männern ausdrücklich auch trans, inter und nicht-binäre Personen. Auf Grundlage der Studienergebnisse wurden konkrete Handlungsempfehlungen abgeleitet, wie staatliche Verantwortung, rechtliche Rahmenbedingungen und betriebliche Praxis stärker miteinander verzahnt

werden können.

Studie downloaden unter: <https://www.eaf-berlin.de/was-wir-tun/studien-publikationen/publikation/sexismus-am-arbeitsplatz>

- **WER FÖRDERT GESCHLECHTER-GERECHTIGKEIT? Zur (finanziellen) Lage der Zivilgesellschaft in Deutschland "Gleichstellung ist kein Luxus – sie ist die Grundlage einer demokratischen Gesellschaft."**

Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist in Deutschland bis heute nicht erreicht. Tag für Tag erleben Frauen in Deutschland geschlechtsspezifische Diskriminierung und Gewalt. Um diese Missstände zu überwinden, ist feministisches Engagement und die Arbeit für Geschlechtergerechtigkeit notwendig, insbesondere im Kontext aktueller politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen. Frauenfeindliche und antifeministische Positionen spielen eine zentrale Rolle in den erstarkenden autoritären, antidemokratischen Bewegungen weltweit, auch in Deutschland. Vor diesem Hintergrund hat die Handlungsfähigkeit und Resilienz der feministischen und gleichstellungsorientierten Organisationen und Initiativen in Deutschland eine besondere Bedeutung.

Bisher fehlte es in Deutschland an belastbaren Daten über den Umfang, Struktur und Finanzierung der Organisationen, die sich für Geschlechtergerechtigkeit einsetzen. Diese wurden nun erstmals erhoben und ermöglichen es, den Status Quo zu verstehen, Lücken oder Schieflagen und mögliche Handlungsschritte zu identifizieren.

Mehr zur Präsentation WESSEN HANDLUNGSFREIHEIT FÖRDERN WIR? Neue Einblicke in die Finanzierung der feministischen und gleichstellungsorientierten Zivilgesellschaft unter https://fairsharewl.org/wp-content/uploads/2026/05/Finanzierung-der-feministischen-und-gleichstellungsorientierten-Zivilgesellschaft-Praesentation_Stiftungstag_May-2026.pdf

- **Value for Good Studie: 1+1>2 – Fusionen als (neue) strategische Handlungsoption für Nonprofit-Organisationen**

Zivilgesellschaftliche Organisationen stehen zunehmend unter Druck – finanzielle Unsicherheit und fehlende Nachfolge machen vor allem kleineren Strukturen zu schaffen. Zwar gewinnen Kooperationen an Bedeutung, doch bleiben sie oft informell, während Fusionen und strukturelle Zusammenschlüsse im gemeinnützigen Sektor kaum eine Rolle spielen. Die neue Value for Good Studie geht der Frage nach, warum das so ist und welche Chancen, Risiken und Potenziale darin liegen, Zusammenschlüsse strategisch für mehr Wirkung und Zukunftsfähigkeit zu nutzen.

Die wenigen bisher dokumentierten Beispiele zeigen deutlich: Fusionen im Non-Profit-Sektor bergen großes Potenzial zur Sicherung und Steigerung gesellschaftlicher Wirkung. Umso drängender stellt sich die Frage, weshalb diese strategische Option bislang nur selten genutzt wird – und was wir tun können, um Fusionen zukünftig zugänglicher und umsetzbarer zu machen.

Ein genauerer Blick zeigt: Es bestehen verschiedene strukturelle Hürden, die nicht nur die Auseinandersetzung mit dem Thema hemmen, sondern auch die Umsetzung erschweren. Gleichzeitig gilt: Diese Hürden sprechen nicht gegen Fusionen. Im Gegenteil: Sie zeigen, wo gezielte Unterstützung notwendig ist, um das Wirkungspotenzial struktureller Zusammenschlüsse im gemeinnützigen Sektor besser zu nutzen.

Download:

https://valueforgood.com/media/pages/expertise/modules/publications/2636e63931-1759997764/non-profit-fusionen_value-for-good_studie.pdf

- **Archiv Nr. 4/2025 | Migrantische, muslimische und alevitische Organisationen in der Sozialen Arbeit**

Sie erhalten einen Überblick über die beteiligten Akteure und das Spektrum der Angebote. Anhand von Studien und Praxisberichten werden aktuelle Herausforderungen erörtert, etwa die Qualifizierung und Professionalisierung der oft ehrenamtlich erbrachten Leistungen oder die Kooperation mit kommunaler Verwaltung und Wohlfahrtsverbänden. Mehr Informationen: <https://www.deutscher-verein.de/shop/produktdetail/archiv-nr-42025-migrantische-muslimische-und-alevitische-organisationen-in-der-sozialen-arbeit-archiv-nr-42025/>

- **Geschlechtervielfalt nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes**

Die Fachstelle hat ein neues FAQT-Sheet veröffentlicht, in dem aktuelle Entwicklungen zum Thema Geschlechtervielfalt dargestellt und Implikationen für den ESF Plus erläutert werden: Was bedeuten die erweiterten Geschlechterkategorien für die amtliche Statistik und das Monitoring im ESF Plus? Wie sehen die aktuellen Zahlen zur Geschlechtervielfalt im Personenstandsregister und im ESF Plus aus? Was bedeuten die aktuellen Veränderungen auch inhaltlich für den ESF Plus und wie gestaltet sich das Verhältnis von Gleichstellungspolitik und Geschlechtervielfaltspolitik?

Zum FAQT-Sheet Geschlechtervielfalt https://www.fagt-esf.de/fileadmin/Redaktion/Fachstelle/Publikationen_der_Fachstelle/FAQT_Sheet_geschlechtervielfalt_final_bf.pdf

- **Geschlechterverteilung in der politischen Entscheidungsfindung der EU**

In einem Kurzbericht des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen (EIGE) werden die neuesten Daten zum Geschlechterverhältnis unter den wichtigsten Entscheidungsträgern der EU, die an den laufenden Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028-2034 beteiligt sind, zusammengefasst. Die Analyse zeigt EU-weit eine Verschlechterung in 2025 gegenüber 2024. Besonders gravierend ist die Balance in vier Mitgliedsländern: Bulgarien (von 25 % auf 4,8 %), Irland (von 26,7 % auf 20 %), Polen (von 33,3 % auf 27,3 %) und Rumänien (von 30 % auf 10,5 %).

Kurzbericht (engl.) <https://eige.europa.eu/publications-resources/publications/gender-balance-politics-2025>

- **Deutscher Frauenrat bewertet EU-Gleichstellungsstrategie 2026-2030**

Der Deutsche Frauenrat hat eine Bewertung der EU-Gleichstellungsstrategie 2026-2030 veröffentlicht. Die Strategie ist nach den Grundsätzen des Fahrplans für Frauenrechte strukturiert und unterlegt diesen mit Maßnahmen. Es geht um die Beiträge zur Erreichung des Nachhaltigkeitsziels 5 der SDG bis 2030, die Ziele der Peking Aktionsplattform sowie die Verpflichtungen zur UN-Frauenrechtskonvention.

Auswertung Bericht <https://www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2026/05/DF-Auswertung-EU-Gleichstellungsstrategie-2026-2030.pdf>

- **Familienunternehmen bleiben bei männlicher Führung**

Im aktuellen Bericht der AllBright Stiftung zum Stand der Geschlechtergerechtigkeit in deutschen Unternehmen werden die Führungsebenen deutscher Familienunternehmen untersucht. Denen mangelt es demnach insbesondere an Frauen und internationaler Perspektive: „Die Unternehmen rekrutieren weiter nach einer sehr traditionellen Schablone und haben Probleme, die wenigen Frauen an der Spitze auch zu halten“.

Bericht <https://www.allbright-stiftung.de/berichte>

- **Digital Gender Gap**

In einer Studie der Initiative D21 und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) werden die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Nutzung von Künstlicher Intelligenz im Erwerbskontext untersucht. Die Autorinnen identifizieren einen signifikanten Gender AI Gap: Frauen nutzen KI-Anwendungen seltener und weniger intensiv als Männer.

Studie <https://initiated21.de/publikationen/digital-gender-gap-ki>

Interviews mit den Autorinnen <https://iab-forum.de/der-gender-ai-gap-ki-wird-zur-schluesselressource-aber-maenner-und-frauen-nutzen-sie-nicht-gleich/>

- **„Manosphere“ – Informationen und Unterstützung**

Eine neue Web-Plattform von männer.ch, dem Dachverband der Schweizer Männer- und Väterorganisationen, stellt Eltern, Bezugspersonen und Fachkräften fundierte Informationen über die Gefahren der sogenannten „Manosphere“ zur Verfügung. Diese digitalen Räume, in denen dominante und häufig antifeministische Männlichkeitsbilder propagiert werden, adressieren gezielt Jungen und junge Männer.

Plattform <https://manosphere.ch/>

- **Mythen und Fakten zu Sexismus**

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat eine Broschüre herausgegeben, in der 10 Mythen über die Rolle von Geschlecht in der Gesellschaft analysiert und auf den Wahrheitsgehalt hin untersucht werden. Vom „Gendern“, über „echte Männer“ und „Tradwives“ werden aktuelle Themen mit historischen Anknüpfungen erörtert.

Broschüre <https://www.rosalux.de/publikation/id/54519/kein-grund-hysterisch-zu-werden>

- **Berlin erarbeitet neue Standards für die Unterbringung wohnungsloser Menschen**

Der Senat hat am 9.6.2026 auf Vorlage der Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung, Cansel Kiziltepe, den Bericht zur Umsetzung der gesamtstädtischen Steuerung der Unterbringung wohnungsloser Menschen (GStU) für 2025 vorgelegt.

Das Inkrafttreten des GStU-Umsetzungsgesetzes am 16. April 2026 ermöglicht es dem Landesamt für Flüchtlinge und Unterbringung (LFU), auch landeseigene und vertragsgebundene Unterkünfte für wohnungslose Menschen ohne Fluchthintergrund bereitzustellen und zu verwalten. Dies soll ab Mitte 2026 schrittweise erfolgen.

Durch die vertragliche Bindung der Unterkünfte an das LFU werden die Qualitätsstandards für Wohnungslosenunterkünfte vereinheitlicht und deren Einhaltung verbindlich überprüft. Im Ergebnis wird die Qualität der Unterkünfte im ASOG-Bereich insgesamt steigen, da Unterkünfte, die sich nicht an die vereinbarten Standards halten, sukzessive nicht mehr durch die bezirklichen Fachstellen Soziale Wohnhilfe belegt werden.

Der Bericht zur Umsetzung der GStU wird vom Senat immer jährlich zum 30. Juni vorgelegt.

- **Forschungspolitische Strategie für Berlin**

Der Senat hat auf Vorlage von Wissenschaftssenatorin Dr. Ina Czyborra heute die Forschungspolitische Strategie „Berlins Forschung, Berlins Zukunft“ beschlossen. Damit gibt sich das Land Berlin erstmals einen verbindlichen Handlungsrahmen für seine Forschungspolitik mit einem Zeithorizont bis 2040 – mit klarer Vision, strategischen Schwerpunkten und konkreten Zielen. Die Kernidee: Kräfte bündeln statt breit streuen.

Die Strategie konzentriert politisches Handeln auf die Felder, in denen Berlin den größten Unterschied machen kann – und auf die Bedingungen, unter denen Forschung auf höchstem Niveau gelingt. Die Vision: Berlin wird zur ersten Adresse für Forschende in Europa – an einem Ort, an dem Spitzenforschung unter optimalen Bedingungen entsteht und Wissen Wirkung entfaltet.

Weiterlesen

https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2026/pressemitteilung.1679392.php?utm_campaign=news.spd.berlin&utm_content=DB&utm_medium=nl&utm_source=nl

- **SOZIALES BERLIN**

Berlin ist eine soziale Stadt – mit tollen Angeboten für Unterstützung, Beratung oder auch Begegnung. Damit Menschen schnell und unkompliziert das passende finden, hat Sozialsenatorin Cansel Kızıltepe bereits vor einem Jahr die Plattform SOZIALES BERLIN ins Netz gebracht – und nun die Zahl der auffindbaren Angebote verdoppelt! Ab Donnerstag können die Berliner*innen unter 600 Einträgen das nächste Stadtteilzentrum finden, spezifische Unterstützung für Menschen mit Behinderung, Angebote der Sozial- und Schuldnerberatung, Krisenhilfe – und vieles mehr.

Plattform Soziales Berlin https://www.berlin.de/soziales-berlin/?utm_campaign=news.spd.berlin&utm_content=DB&utm_medium=nl&utm_source=nl

- **Erzbistum Berlin**

Am 20. September 2026 wird in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern gewählt. Im Vorfeld gibt es im Erzbistum verschiedene Initiativen, Veranstaltungen und Unterstützungsangebote - alle unter dem Motto: Mit Herz und Haltung für Demokratie und Nächstenliebe.

Kampagnenseite Mit Herz und Haltung für Demokratie und Nächstenliebe

<https://www.erzbistumberlin.de/mit-herz-und-haltung/>

Arbeitshilfe: Demokratie Raum geben. Eine Arbeitshilfe für Pfarreien, Gemeinden und Orte kirchlichen Lebens im Erzbistum Berlin

https://www.erzbistumberlin.de/fileadmin/_subsites/_Dizesanrat_Berlin/Publikationen/So_nstige_Texte/2026/Bannerkampagne_Mit_Herz_und_Haltung/Arbeitshilfe_-_Demokratie_Raum_geben._Wahlen_2026.pdf

- **neue DGB-Handlungshilfe für betriebliche Interessenvertretungen zum Thema Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)**

Die Handlungshilfe richtet sich an Betriebs- und Personalräte sowie Schwerbehindertenvertretungen. Betriebliche Interessenvertretungen können entscheidend dazu beitragen, dass das BEM nicht nur angeboten, sondern auch wirksam und fair umgesetzt wird. Die Broschüre berücksichtigt die aktuelle Rechtsprechung zum BEM und zeigt unter anderem, welche Regelungen in einer guten Betriebs- oder Dienstvereinbarung enthalten sein sollten. Darüber hinaus stellt sie Muster und Arbeitshilfen für die betriebliche Praxis zur Verfügung. Die Broschüre kann über den oben genannten Link kostenfrei bestellt werden; lediglich Versandkosten fallen an. Zudem steht sie dort als PDF-Datei zum Download bereit.

Mehr infos: <https://www.dgb-bestellservice.de/betriebliches-eingliederungsmanagement-handlungshi.html>

- **Paritätischer Wohlfahrtsverband veröffentlicht Armutsbericht**

Der neue Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes zeigt eine wachsende soziale Spaltung in Deutschland. Für Berlin weist der Bericht einen Anstieg der Armutsquote von

16,1 Prozent im Jahr 2024 auf 18,7 Prozent im Jahr 2025 aus.

Weitere Informationen: <https://www.paritaet-berlin.de/aktuelles/detail/paritaetischer-gesamtverband-veroeffentlicht-armutsbericht>

- Neue Zuständigkeitsverordnung für die Berliner Verwaltung beschlossen

Der Senat hat am 2. Juni 2026 die neue Zuständigkeitsverordnung mit einem umfassenden Aufgaben- und Zuständigkeitskatalog beschlossen. Damit sollen Zuständigkeiten in der Berliner Verwaltung transparenter geregelt und die Grundlage für eine effizientere gesamtstädtische Steuerung geschaffen werden.

Weitere Informationen:

<https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2026/pressemitteilung.1676495.php>

• **Offener Brief der Berliner Partnerschaften für Demokratie**

Die Berliner Partnerschaften für Demokratie warnen in einem offenen Brief vor der Diskreditierung demokratiefördernder Arbeit und appellieren an die Bundesregierung, entsprechenden Narrativen nicht zu folgen. Kritisiert werden zudem drohende Kürzungen, zusätzliche administrative Hürden und verzögerte Projektzusagen.

Weitere Informationen: <https://www.paritaet-berlin.de/aktuelles/detail/offener-brief-der-berliner-partnerschaften-fuer-demokratie>

• **Welche Arbeitszeiten wünschen sich Menschen mit Sorgeverantwortung?**

Eine Sonderauswertung der Beschäftigtenbefragung DGB-Index Gute Arbeit liefert Antworten auf diese Frage. Die Ergebnisse zeigen:

- Über die Hälfte der Arbeitnehmer*innen (53 Prozent) wünscht sich kürzere Arbeitszeiten, Männer häufiger als Frauen (57 vs. 47 Prozent).
- Ein Drittel der Beschäftigten mit Kindern oder Pflegeverantwortung berichtet von regelmäßigen Schwierigkeiten bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Mehr als Zwei Drittel der Frauen (69 Prozent) mit Vereinbarkeitsproblemen fühlen sich nach der Arbeit häufig oder sehr häufig leer und ausgebrannt.

Zur Studie <https://frauen.dgb.de/themen/++co++0cb1d7a8-5b23-11f1-b547-a17674c77c68>

- **Studie Koloniale Kontinuitäten in der Berliner Medizin und Gesundheitsversorgung – Machtkritische Ansätze zu Dekolonisierung und Antirassismus.**

Präsentation der Studie von Decolonize Berlin

- **Studie des DIW Berlin bzgl. des Zugangs zum Gesundheitssystem für Geflüchtete**

Geflüchtete stoßen in Deutschland insbesondere in den ersten Jahren nach ihrer Ankunft auf erhebliche Hürden beim Zugang zur Gesundheitsversorgung. Lange Wartezeiten, große Entfernungen und finanzielle Belastungen erschweren eine zeitnahe Behandlung. Gleichzeitig fällt es vielen schwer, sich im Gesundheitssystem zu orientieren und passende medizinische Hilfe zu finden. Das zeigt eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) auf Basis der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten. Mehr als ein Viertel der Geflüchteten berichtet von Verzögerungen bei Behandlungen aufgrund langer Wartezeiten. Bei Geflüchteten aus der Ukraine liegt dieser Anteil mit rund 40 Prozent sogar noch deutlich höher. Auch Kosten stellen eine relevante Hürde dar: Rund 20 Prozent der kürzlich angekommenen Geflüchteten verzichten aus

finanziellen Gründen auf medizinische Leistungen. Weite Wege erschweren den Zugang zusätzlich; etwa ein Zehntel der Geflüchteten gibt an, dadurch betroffen zu sein. Insgesamt zeigt sich: Die Hürden sind direkt nach der Ankunft besonders hoch und nehmen erst mit der Zeit ab.

D'IW-Wochenbericht

https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.1009021.de/26-22-1.pdf

- **Fachkräftesicherung gelingt nur mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Unter dem Motto „Vereinbarkeit gestalten, Fachkräfte sichern“ luden das DGB-Projekt „Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestalten“ und der DGB-Bundesvorstand am 09.06.2026 zur familienpolitischen Fachtagung ins Hans-Böckler-Haus nach Berlin ein. Die Veranstaltung richtete sich an Betriebs- und Personalräte sowie gewerkschaftliche Multiplikator*innen. „Ohne familiengerechte Arbeitswelt keine Fachkräfte. Eltern und Pflegende brauchen Bedingungen, die Beruf und Familie vereinbar machen – sonst bleiben sie dem Arbeitsmarkt fern. Betriebs- und Personalräte sind dabei der Schlüssel: Sie kennen die Realität ihrer Kolleg*innen und gestalten die Bedingungen mit, die Vereinbarkeit erst möglich machen.“, so Elke Hannack, die stellvertretende Vorsitzende des DGB.

Mehr: <https://vereinbarkeit.dgb.de/veranstaltungen/fachtagung>

- **„Was passiert mit den Tätern? – Zugangswege in die Täterarbeit in Recht und Praxis“**

Das Ausmaß geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen in Deutschland ist besorgniserregend groß. Dabei ist für Frauen das Risiko Gewalt zu erfahren im eigenen Zuhause am höchsten. Bei der Diskussion über präventive Maßnahmen werden die Täter häufig nicht ausreichend in den Blick genommen, obwohl die Veränderung ihrer gewaltvollen Beziehungs- und Verhaltensmuster ein zentraler Schlüssel ist, um weitere Gewaltvorfälle zu verhindern. Dementsprechend verpflichtet auch die Istanbul-Konvention Deutschland dazu, Täterarbeitsprogramme bereitzustellen und zu fördern, um weitere Gewalt zu verhüten und von Gewalt geprägte Verhaltensmuster zu verändern. Allerdings nehmen in Deutschland bislang nur sehr wenige Täter an Täterarbeitsprogrammen teil.

In der neuen Analyse „Was passiert mit den Tätern? – Zugangswege in die Täterarbeit in Recht und Praxis“, geht die Berichterstattungsstelle geschlechtsspezifische Gewalt der Frage nach, welche Hürden auf rechtlicher und praktischer Ebene einen stärkeren Einsatz von Täterarbeitsprogrammen bislang verhindern. Hierbei zeigen sich mangelnde Kenntnisse über Täterarbeitsprogramme bei den Fachkräften sowie unzureichende Kooperationsstrukturen zwischen den Institutionen als zentrale Herausforderungen. Basierend auf dieser Analyse werden Empfehlungen für die Politik und Gesetzgeber auf Bundes- und Länderebene formuliert.

Studie; https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Analyse_Studie/Analyse_Taeterarbeit.pdf

Webmeldungen: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuelles/detail/taeterarbeit-muss-bundesweit-gestaerkt-werden>

- **Nicht mehr. Nicht weniger. Sondern besser. Warum Demokratien einen Befähigungsstaat brauchen**

Von Buenos Aires über Washington bis Peking wird um die Rolle des Staates gerungen. Doch die entscheidende Frage lautet nicht, ob es mehr oder weniger Staat braucht – sondern was ein Staat können muss, um Menschen zu befähigen, Zusammenhalt zu

sichern und Demokratie handlungsfähig zu machen. Die neue Analyse von Henning Meyer zeigt, warum Demokratien dafür einen Befähigungsstaat brauchen.

Weiterlesen

- **Überblick zum Thema Wirkungsorientierung in der sozialen Arbeit**

Die Veröffentlichung des Paritätischen Berlin erläutert, was unter Wirkungsorientierung verstanden wird, warum sie wichtig ist und wie wirkungsorientiertes Arbeiten im Paritätischen Ansatz umgesetzt wird.

Weitere Informationen: <https://www.paritaet-berlin.de/aktuelles/detail/kurzueberblick-zur-wirkungsorientierung-in-der-sozialen-arbeit>

- **„Impuls Berlin“: Erste landesweite Beschäftigtenbefragung des Landes Berlin**

Diese liefert ein wichtiges Stimmungsbild – Voraussetzung für grundlegende Personalstrategie

Mehr unter:

<https://www.berlin.de/sen/finanzen/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung.1668207.php>

•

Der Paritätische Gesamtverband hat ein Papier mit 37 Vorschlägen vorgelegt, wie der Sozialstaat effizienter und gerechter gestaltet werden kann, ohne Leistungen für benachteiligte Menschen zu kürzen. Im Fokus stehen Einsparpotenziale bei Bürokratie, Doppelstrukturen und ineffizienten Verwaltungsabläufen sowie Vorschläge für eine solide Finanzierung sozialer Leistungen.

Weitere Informationen: <https://www.paritaet-berlin.de/aktuelles/detail/sozialstaat-37-vorschlaege-fuer-echte-einsparpotenziale-des-paritaetischen-gesamtverbandes>

- **Bericht zur Bedrohungslage im Wohlfahrtsbereich veröffentlicht**

Ein neuer Bericht des Paritätischen zur Bedrohungslage im Wohlfahrtsbereich ist jetzt zusammen mit einer einordnenden Fachinformation veröffentlicht worden. Die Daten können für die eigene fachliche und politische Arbeit genutzt werden.

Weitere Informationen: <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/bedrohungslage-im-wohlfahrtsbereich-mehr-als-4-von-10-mitarbeitenden-und-engagierten-erleben-anfeindungen/>

- **Onlinemagazin Berlinbessermachen**

Diese Ausgabe widmet sich dem Schwerpunktthema ehrenamtliches Engagement und trägt den Titel „Die Engagierten“. Die Beiträge zeigen, wie vielfältig freiwilliges Engagement in den Mitgliedsorganisationen des Paritätischen Berlin ist und welchen Beitrag es für Demokratie, gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Infrastruktur leistet.

Weitere Informationen: www.berlinbessermachen.de

- **Positionspapier zur Berliner Verwaltungsreform**

Mehr unter: <https://www.paritaet-berlin.de/aktuelles/detail/positionspapier-zur-berliner-verwaltungsreform-veroeffentlicht>

- **Vorstandsformen Ehrenamtliche und Hauptamtliche: Der Vorstand**

Mehr:

[https://shop.verbraucherzentrale.de/media/71/72/3b/1741790538/Leseprobe%20Verein
srecht%20und%20Ehrenamt%20A.pdf?ts=1741790538](https://shop.verbraucherzentrale.de/media/71/72/3b/1741790538/Leseprobe%20Verein%20srecht%20und%20Ehrenamt%20A.pdf?ts=1741790538)

Multmeier: Das Modell „hauptamtlicher Vorstand“ bedeutet, dass ein großer Teil der bisher ehrenamtlichen Vorstandsverantwortung, einschließlich der Haftung, auf die hauptamtliche Ebene verlagert wird.

- **Unterstützung für Vorstände - Friedrich-Ebert-Stiftung:**

Die Bereitschaft ein Vorstandsamt zu übernehmen ist bei Vereinen generell rückläufig. Das hat verschiedene Gründe: Zeitaufwand, langfristige Bindung, Unklarheiten bezüglich der Aufgaben, die mit dem Amt genau verbunden sind, Angst vor Haftungsrisiken etc.

Mehr [https://www.fes.de/akademie-management-und-politik/veroeffentlichungen/mup-
interviews/mitgliederorientierung-in-gewerkschaften-und-zivilgesellschaft-1](https://www.fes.de/akademie-management-und-politik/veroeffentlichungen/mup-interviews/mitgliederorientierung-in-gewerkschaften-und-zivilgesellschaft-1)

- **Finanzierung feministischer Zivilgesellschaft**

- Link zu Studie zu Struktur und Finanzierung zivilgesellschaftlicher Gleichstellungsarbeit und feministischer Initiativen in Deutschland:
<https://www.maecenata.eu/ueber-uns/das-institut/gleichstellung-im-fokus/>
- Leitfaden: Weil wir es wert sind
Ein Leitfaden für die Finanzierung feministischer Organisationen und Initiativen
Zum Leitfaden: <https://www.boell.de/de/2026/06/01/weil-wir-es-wert-sind>
- Als Ergänzung zum Leitfaden von Karin Heisecke & Co
<https://www.stiftungen.org/leitfaden-stiftungsfundraising>
[https://www.boell.de/de/2025/12/15/warum-eine-wehrhafte-demokratie-ein-
feministisches-foerdersystem-braucht](https://www.boell.de/de/2025/12/15/warum-eine-wehrhafte-demokratie-ein-feministisches-foerdersystem-braucht) UND
[https://www.boell.de/de/2025/03/06/collective-responsibilities-call-feminist-
philanthropy-0](https://www.boell.de/de/2025/03/06/collective-responsibilities-call-feminist-philanthropy-0)
<https://www.weniger-ist-mehr.org/>
<https://www.impulse-stiften.de>

- Nicht mehr. Nicht weniger. Sondern besser: Warum Demokratien einen Befähigungsstaat brauchen

Welche Rolle soll der Staat im 21. Jahrhundert spielen? Doch die Debatte über mehr oder weniger Staat greift zu kurz. Die entscheidende Frage lautet: Was sollte ein Staat eigentlich können?

Die Diskussion ist hochaktuell. Demokratien stehen weltweit unter Druck. Geopolitische Konflikte, wirtschaftliche Unsicherheiten, technologische Umbrüche und die Folgen des Klimawandels verlangen von Staaten schnelle und wirksame Antworten. Gleichzeitig wächst in vielen Ländern das Misstrauen gegenüber politischen Institutionen. Gesellschaften polarisieren sich, traditionelle Bindungen werden schwächer und autoritäre Akteure gewinnen an Einfluss. Vor diesem Hintergrund wird staatliche Handlungsfähigkeit zunehmend zu einer Schlüsselfrage demokratischer Politik.

Zur pdf: [https://www.fes.de/themen/internationale-gemeinschaft-und-
zivilgesellschaft/nicht-mehr-nicht-weniger-sondern-besser-warum-demokratien-einen-
befaeigungsstaat-brauchen](https://www.fes.de/themen/internationale-gemeinschaft-und-zivilgesellschaft/nicht-mehr-nicht-weniger-sondern-besser-warum-demokratien-einen-befaeigungsstaat-brauchen)

- **Stellungnahme des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. zur EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2026-2030**

Der Deutsche Verein begrüßt die Initiative der Europäischen Kommission und die Zielsetzung der EU-Strategie, eine geschlechtergerechte Gesellschaft zu verwirklichen,

und fordert eine engagierte Umsetzung. Er nimmt zu ausgewählten Aspekten der EU-Strategie Stellung und zeigt seine Positionen und Forderungen zur Umsetzung in Deutschland auf, auch um den europäischen fachlichen Austausch in diesen wichtigen Handlungsfeldern zu stärken. Inhaltliche Schwerpunkte sind dabei der Schutz vor Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt sowie die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und die Gleichstellung der Geschlechter bei Pflege- und Betreuungsaufgaben. Die Stellungnahme richtet sich an die Bundesregierung sowohl für ihr Handeln im Rat der EU als auch für die Umsetzung in Deutschland.

Mehr: file:///C:/Eigene%20Dateien/Mechthild/Downloads/DV-09-26_Stellungnahme_EU-Strategie_Gleichstellung_Geschlechter.pdf

- **Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen – Aktuelle Daten und Handlungserfordernisse**

Auf dieser Website werden zentrale Studienergebnisse zu Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen vorgestellt und mit politischen Handlungsbedarfen zusammengeführt. Sie unterstreicht die Forderungen zentraler Akteure: Die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention im Bereich des Gewaltschutzes müssen endlich konsequent, umfassend und zeitnah umgesetzt werden – in Politik und Praxis. Seit langer Zeit gibt es entsprechende Handlungsempfehlungen, um den Gewaltschutz in Deutschland zu verbessern.

Mehr: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/themen/rechte-von-menschen-mit-behinderungen/gewalt-gegen-menschen-mit-behinderungen-aktuelle-daten-und-handlungserfordernisse>

- **Analyse/Studie: Die AfD – eine Gefahr für Menschen mit Behinderungen**

Zahlreiche Sozial- und Behindertenverbände haben mehrfach eindringlich davor gewarnt, dass die AfD für Menschen mit Behinderungen eine Gefahr darstellt. Gleichwohl wird dieser Aspekt in der Debatte über die Partei nur selten aufgegriffen. Vor diesem Hintergrund zeigt die Analyse auf, dass die Abwertung von Menschen mit Behinderungen im Gedankengut der AfD fest verankert ist – und damit die Ablehnung der Garantie der gleichen Würde aller Menschen, die das Fundament unseres Grundgesetzes bildet.

Zur Studie: <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/die-afd-eine-gefahr-fuer-menschen-mit-behinderungen>

- **Organisationen feministisch gestalten**

Gute Absichten – alte Muster? Viele Non-Profit-Organisationen verstehen sich als Orte gelebter Werte. Dennoch bestehen auch hier Machtungleichgewichte, informelle Hierarchien und Ausschlüsse fort. Obwohl im Non-Profit-Sektor überwiegend Frauen* arbeiten, sind sie in Führungspositionen weiterhin unterrepräsentiert. Reine Repräsentation reicht jedoch nicht aus. Strukturen müssen zudem grundlegend hinterfragt und Vielfalt als Gerechtigkeitsfrage verstanden werden. Unser aktuelles Thema im Fokus Organisationen feministisch gestalten zeigt, wie feministische Prinzipien dabei unterstützen können, Organisationen machtkritisch weiterzuentwickeln.

Zur Studie: <https://www.fes.de/akademie-management-und-politik/themen-im-fokus/feministische-organisationsentwicklung#c512297>

- **Digital Gender Gap**

Der „Digital Gender Gap“ zeigt spürbare Unterschiede zwischen Frauen und Männern im Digitalisierungsgrad aber auch in der Arbeitswelt hinsichtlich technischer Ausstattung und

Möglichkeiten zum flexiblen Arbeiten auf.

Mehr: <https://initiatived21.de/publikationen/digital-gender-gap>

- **Antifeminismus in Berlin - Eine demokratiepolitische Herausforderung**

Antifeminismus ist die Verteidigung patriarchaler Machtverhältnisse

Antifeminismus bezeichnet eine ideologische Haltung, die darauf zielt, traditionelle Geschlechterordnungen und patriarchale Strukturen zu erhalten oder wiederherzustellen, queeres Leben wird ignoriert. Feministische Errungenschaften und emanzipatorische gesellschaftliche Veränderungen werden dabei häufig als überzogen, schädlich oder ungerecht diskreditiert. Antifeminismus äußert sich sowohl in offen artikulierter Ablehnung als auch in subtileren Formen, etwa durch die Aneignung und Umdeutung feministischer Begriffe oder durch gezielte Verschiebungen von Deutungsrahmen und Diskursen.

Besonders in Berlin lassen sich solche antifeministischen Netzwerke in einer hohen Dichte und mit erheblicher politischer und gesellschaftlicher Reichweite beobachten. Charakteristisch ist dabei ein komplexes Zusammenspiel von Lobbyarbeit, kulturpolitischen Interventionen, Aktivitäten im Bildungsbereich sowie strategischen Bezügen zum juristischen Feld. Die Bundeshauptstadt fungiert damit aus analytischer Perspektive als ein zentraler Knotenpunkt und Aktionsraum dieser Akteurskonstellationen, was ihre demokratiepolitische Relevanz und Problematik zusätzlich unterstreicht.

- **Handlungsempfehlungen zur Stärkung der Demokratie**

Auf Grundlage der vorangehend dargestellten Befunde zur Struktur und Arbeitsweise antifeministischer Netzwerke in Berlin sind politische, rechtliche und zivilgesellschaftliche Maßnahmen sinnvoll, um demokratische Transparenz, Gleichstellung und pluralistische Strukturen zu stärken. Die zentralen Empfehlungen lassen sich in elf Punkte gliedern:

Mehr zur Expertise: <https://gruene-fraktion.berlin/wp-content/uploads/2026/03/Expertise-Antifeminismus.pdf>